

**Schriftliche Frage Nr. 180 vom 23. Juli 2021 von Frau Stiel an Herrn Minister Antoniadis zum Thema Stress am Arbeitsplatz <sup>1</sup>**

**Frage**

Das GrenzEcho berichtete am 26.03.2021,<sup>2</sup> die Föderalregierung wolle 5,5 Millionen Euro zur Verfügung stellen, um Stress am Arbeitsplatz zu bekämpfen sowie 4,5 Millionen Euro für Präventionsmaßnahmen. Die Anzahl der längeren krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeiten sei von durchschnittlich 3% in 2010 auf 5% in 2020 gestiegen. Im Juni 2020 seien fast 459.000 Arbeitnehmer und Selbstständige länger als ein Jahr krank gewesen. Da die Föderalregierung befürchte, dass die Coronakrise die Situation noch verschärfen werde, stelle sie 5,5 Millionen zur Verfügung, um das psychische Wohlbefinden von Arbeitnehmern, Selbstständigen und föderalen Beamten zu verbessern. Das gemeinsame Projekt aller zuständigen Minister solle in einen föderalen Plan für psychische Belastbarkeit im Job münden, welcher 2022 vorliegen solle. Allerdings werde dieses Jahr bereits eine Aufklärungskampagne gestartet, da das Problem akut sei.

Die Vivant-Fraktion weist schon länger auf den traurigen Trend der steigenden Anzahl Langzeitkranken hin und begrüßt die Idee einer Kampagne seitens der Regierung, da viele Menschen es nicht schaffen, sich selbst aus ihrer Lage zu befreien.

Allerdings möchten wir anmerken, dass es dringend Zeit ist, alle Corona-Maßnahmen auf Ihre psychischen Auswirkungen zu prüfen und entsprechend zu evaluieren, da Menschen sonst im Stress gefangen bleiben. Da helfen auch keine Kampagnen.

Im Rahmen Ihrer Zuständigkeiten für Gesundheit, Soziales und Prävention haben wir folgende Fragen an Sie:

- Wieviel der 5,5 Millionen EUR werden der DG für die Maßnahmen gegen Stress am Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt?
- Wieviel der 4,5 Millionen EUR werden der DG für die Präventionsmaßnahmen zur Verfügung gestellt?
- Was beinhaltet die Aufklärungskampagne, die dieses Jahr starten soll? Wie wird das konkret in der DG aussehen?
- Kann die DG die Kampagne thematisch auf die hiesigen Bedürfnisse anpassen oder wird alles von der Föderalregierung vorgegeben?

**Antwort, eingegangen am 26. August 2021**

Es handelt sich hierbei um föderale Zuständigkeiten. Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist nicht in diese Kampagnen involviert.

Nähere Informationen zu diesem Thema finden Sie unter folgenden Webseiten: <https://www.socialsecurity.be/citizen/fr/archive/actualite/prevenir-et-traiter-le-stress-et-le-burn-out> und <https://www.stressburnout.belgique.be/fr> (Webseiten des SPF sécurité sociale)

---

<sup>1</sup> Die nachfolgend veröffentlichten Texte entsprechen den hinterlegten Originalfassungen.

<sup>2</sup> 2021-03-26-5,5 Millionen Euro zur Bekämpfung von Stress am Arbeitsplatz.pdf - <https://www.grenzecho.net/52752/artikel/2021-03-26/55-millionen-euro-zur-bekampfung-von-stress-am-arbeitsplatz#:~:text=Die%20F%C3%B6deralregierung%20stellt%205%2C5,letzten%20zehn%20Jahren%20nur%20>